

Es brauche einen „stärkeren säkularen Staat“ (La Croix, 28.9.95).

Auch in anderer Hinsicht beläßt es die Schlußbotschaft nicht bei diplomatischen Umschreibungen der Probleme: „Willkürliche Verhaftungen“ sollen nach dem Willen der Synodenteilnehmer ein Ende finden, „politische Gefangene freigelassen“, „das Los der verschwundenen Personen aufgeklärt“ werden, „die ohne rechtsgültiges Urteil aus dem Libanon Vertriebenen in die Lage versetzt werden, nach Hause zurückzukehren und dort in Sicherheit zu leben“, „die Gleichheit aller vor dem Gesetz und vor den Gerichten wiederhergestellt“ werden. Der libanesischen Wirtschafts- und Sozialpolitik wird vorgehalten, daß sie sozial ungerecht sei: Sie schaffe keine Arbeitsplätze und lindere nicht die Probleme des fehlenden Wohnraums und des Gesundheitswesens.

Weiteres zentrales Thema der Schlußbotschaft ist die *künftige Rolle der insgesamt 18 verschiedenen Kirchen und Religionsgemeinschaften* im Libanon – 12 christliche, fünf muslimische und das Judentum. Der katholischen Kirche mit ihren sechs verschiedenen Riten und Hierarchien (Maroniten, Melkiten, Chaldäer, Syrer, Armenier, Lateiner) wird eine „neue Mentalität“ nahegelegt: Statt des Bestrebens, die Unterschiede hervorstreichend, solle

die Einheit hervorgehoben werden – „bei aller Achtung der Verschiedenheit“. Man bekennt sich zu vermehrter „Harmonisierung“ und „Zusammenarbeit“ zwischen den Kirchen. Ständige Büros zur zwischenkirchlichen Koordination sollen eingerichtet bzw. weiterentwickelt werden.

In den Synodenberatungen waren weitergehende Vorstellungen entwickelt worden: Der lateinische Patriarch von Jerusalem, *Michel Sabbah*, sprach sich gegen pastorale Überschneidungen zwischen den katholischen Riten und für Patriarchate aus, die mehrere Riten umfassen. Erzbischof *Paul Bassim*, der lateinische Apostolische Vikar in Beirut, favorisierte eine „einzige, gemeinsame, universale katholische Jurisdiktion“.

Die Synode bekannte sich darüber hinaus zu intensivierten Beziehungen zu anderen christlichen Kirchen. In der Schlußbotschaft spricht man sich für ein *christlich-islamisches Zusammenleben* „in einem Klima der Freiheit, der Gleichheit vor dem Gesetz und der aufrichtigen Zusammenarbeit“ aus. Die drei muslimischen Sprecher auf der Synode bejahten ihrerseits, daß die Religionsgemeinschaften ihr Eigeninteresse zugunsten der Nationwerdung des Landes zurückstellen sollten. *Saud Almula* vom Obersten Schiiten-Rat des Landes und Berater des libanesi-

schen Präsidenten betonte, der Libanon habe keinen Sinn ohne seine Christen und ohne seine Muslime. Alle Libanesen müßten sich in den Staat einreihen, „in Gerechtigkeit, Gleichheit und in gleicher Würde für alle und zwischen allen“. Jesuiten-General *Peter-Hans Kolvenbach*, der selbst 25 Jahre im Libanon als Wissenschaftler tätig war, wies zugleich auf bestehende Schwierigkeiten im christlich-islamischen Dialog im Lande hin. Dieser Dialog sei notwendig, auch wenn er bislang „mehr als Hoffnung denn als Realität“ bestehe.

Auch wenn das Interesse der Weltöffentlichkeit an dieser Bischofssynode gering ausfiel, für den Libanon – vertreten durch seine religiösen Führer – bot sie eine seltene Gelegenheit, sich vergleichsweise offen und ungehindert über die eigenen Visionen und Konzepte für die Zukunft des Landes auszutauschen. Die Distanz zum Ort des behandelten Geschehens, das internationale Klima Roms – beides könnte die gewünschte Offenheit eher begünstigt haben. Eine Synode der „Sonntagsreden“ wurde diese Bischofssynode, wie Beobachter bemerkten, nicht. Aber auch verändern wird sich nun der Libanon nicht von einem Tag auf den anderen. Aber manchmal ist es bereits viel, „nur“ miteinander gesprochen zu haben.

K. N.

Polnische Orientierungsprobleme

Politik, Kirche und Gesellschaft nach den Wahlen

Die politische Landschaft Polens ist voller Turbulenzen: Ein nur mit knapper Mehrheit gewählter Präsident aus dem Lager der früheren Kommunisten, ein Premierminister auf Abruf, Gerangel um wichtige Regierungsämter. Die katholische Kirche scheint nach dem Sieg von Aleksander Kwaśniewski über Lech Wałęsa verunsichert; ob das Konkordat zwischen Polen und dem Heiligen Stuhl ratifiziert wird, ist fraglich.

Unglücklicher hätte das Jahr 1995 für die polnische Politik kaum enden können. Es war kein Geringerer als der Präsidentschaftskandidat der Demokratischen Linksallianz (SLD) des Jahres 1990, *Włodzimierz Cimoszewicz*, der den Scherbenhaufen der „classe politique“ im demokratischen

Polen kurz vor dem Amtsantritt des aus seiner eigenen politischen Formation kommenden neuen Präsidenten *Aleksander Kwaśniewski* benannte: Auf dem scheidenden Präsidenten (*Lech Wałęsa*) lasten ernste Vorwürfe der Verletzung der Steuergesetzgebung. (Die Nachforderungen belaufen

sich auf mehrere hunderttausend Dollar.) Der gewählte Präsident hat den Wählern die Unwahrheit gesagt. Er hatte in der Einkommenserklärung die Aktienanteile seiner Frau an einer Versicherungsfirma „vergessen“ und falsche Angaben über seinen Hochschulabschluß gemacht. Dem Premier (*Józef Oleksy*) droht die Anklage wegen Spionage (zugunsten Rußlands), und dem Generalstaatsanwalt (*Jerzy Jaskiernia*, SLD), der zugleich die Funktion des Justizministers innehat, wird die Mißachtung des unpolitischen Charakters und der Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft vorgeworfen. „Das alles“, so Cimoszewicz, „droht die Exekutive in Polen zu paralysieren“ (Rzeczpospolita, 22.12.95).

Die katholische Kirche gehört zwar nicht zur Exekutive in Polen. Aber sie stellt weiterhin die stärkste gesellschaftliche und geistige Kraft im Lande dar. Und auch sie scheint als hierarchische Institution nach den Präsidentenwahlen verunsichert. Hatte sie nicht mit Wałęsa verloren?

Was ist los in dem Land, das mit Jahr für Jahr besseren makroökonomischen Zahlen den Weg in die Marktwirtschaft geht, das mit die höchsten Zuwächse der Arbeitsproduktivität (im Privatsektor) und des Bruttoinlandsprodukts in ganz Europa erwirtschaftet, das im Jahre 1995 Rußland als Außenhandelspartner Deutschlands überrundete und mit einem Handelsvolumen von über 20 Mrd. DM zur Nummer eins unter Deutschlands östlichen Partnern avancierte – kurz und gut immer mehr wirtschaftliche „Normalität“ nach europäischen Standards ausstrahlte?

Präsidentenwahlen – ein „normaler“ Machtwechsel?

Am 19. November 1995 hatten die Polen einen neuen Präsidenten gewählt und den Schlußstrich unter eine Ära gezogen, die unauslöschlich mit dem Namen Lech Wałęsa verbunden ist. Mehr als 15 Jahre lang hatte der Elektriker aus Danzig, das Symbol für den Freiheitskampf der Polen, der polnischen Politik seinen Stempel aufgedrückt. Bei einer Wahlbeteiligung, die mit über 68 Prozent die höchste bei einer freien Wahl seit 1989 gewesen ist, koren unsere Nachbarn den SLD-Vorsitzenden, den 41jährigen Aleksander Kwaśniewski, zu ihrem Staatsoberhaupt und verwiesen den amtierenden Präsidenten auf den zweiten Platz. Das Wahlergebnis war knapp (51,72 : 48,28). Der Unterschied zwischen den beiden Kandidaten betrug nur 650 000 Stimmen.

Was war passiert? Haben sich die Polen gegen die 1989 begonnenen demokratischen und marktwirtschaftlichen Reformen entschieden und für eine Rückkehr in die Vergangenheit oder ein linkes Programm der „Postkommunisten“? Beobachtungen zum Wählerverhalten und die Untersuchungen über Wählerwanderungen zwischen dem ersten und zweiten Wahlgang besagen, daß dies nicht der Fall ist. Kwaśniewski konnte über die Stammwählerschaft der SLD hinaus noch ungefähr zwanzig Prozent der Stimmen aus anderen „Lagern“ bis in die konservativ-katholische Wählerschaft hinein

für sich gewinnen. Die Wahl zwischen Kwaśniewski und Wałęsa betrachteten die Polen offenbar mehrheitlich als eine *Persönlichkeitswahl*, nicht als Programmwahl. Und da galt – nicht zuletzt der jungen Generation – der Kandidat der Linken als der dynamische, zukunfts zugewandte (Wahlparole: „Wählen wir die Zukunft“), moderate und versöhnende (Wahlparole: „Ein gemeinsames Polen“) Typus. Dagegen bediente sich der Freiheitskämpfer der achtziger Jahre einer polarisierenden Sprache, die die bekannten destruktiven Merkmale des präsidentialen Regierungsstils offenbar bestätigte. Die Mehrheit der Polen sehnt sich aber nach einem schmerzlosen Abschied von der Volksrepublik und nach Stabilität, die Wałęsa nach seinen Eskapaden am Rande des Verfassungsbruchs nicht überzeugend vermitteln konnte. Zudem hat ihm die offene Parteinahme der überwältigenden Mehrheit des katholischen Klerus wohl mehr geschadet als genutzt.

Seit dem Antritt der Regierungskoalition aus postkommunistischer SLD und Bauernpartei PSL im Oktober 1993 war das Verhältnis der katholischen Kirche zu der neuen Machtkonstellation voller Vorbehalte. Abgesehen von der grundsätzlichen weltanschaulichen Distanz zu dem aus der kommunistischen Arbeiterpartei hervorgegangenen linken Bündnis (SLD), begründete vor allem dessen Ablehnung der Ratifizierung des von der Regierung Suchocka ausgehandelten Konkordats und die Diskussion über die Werte in der noch zu verabschiedenden Verfassung die Haltung der Kirchenhierarchie.

Die SLD hatte mit ihrer Ankündigung, die Konkordatsratifizierung abzulehnen, im Parlamentswahlkampf 1993 um Stimmen geworben. Bei zahlreichen Gelegenheiten machten katholische Bischöfe und der Primas aus ihren politischen Präferenzen keinen Hehl. Und je näher der Termin der Präsidentenwahlen rückte, um so schwerer fiel es den Bischöfen, sich den von „Gaudium et Spes“ vorgegebenen Richtlinien entsprechend zu verhalten, also die Mündigkeit und Gewissensfreiheit der Gläubigen zu respektieren und Wahlempfehlungen zu vermeiden.

Grundsätzliche Äußerungen von Kirchenleuten über die politische Zurückhaltung der Kirche fanden in der politischen Wirklichkeit keine Beachtung. Der Generalsekretär der Bischofskonferenz hatte sich mehrfach in diesem Sinne geäußert, beispielsweise im Gespräch mit dem „Tygodnik Powszechny“ (Nr. 13, 26.3.95): „Die katholische Kirchenhierarchie beschäftigt sich nicht – zumindest sollte sie es nicht – unmittelbar mit der Politik... Heute will das die Kirche (Hierarchie) mittelbar tun... Deshalb werden Priester weder kandidieren noch speziell Propaganda für politische Parteien machen...“

In dem Hirtenwort vom 26. August 1995 wurde vor Inhabern hoher Staatsposten gewarnt, „die in der totalitären Ära höchste Regierungs- und Parteiämter ausgeübt haben“. In seinem „Wort zu öffentlichen Angelegenheiten“ nahm der Episkopat am 16. September 1995 nochmals Stellung zu den bevorstehenden Präsidentenwahlen. Er rief dazu auf, an

den Wahlen teilzunehmen und die Stimme nur einem Kandidaten zu geben, der „ein hohes moralisches Niveau“ verkörpere, die „grundlegenden und unveräußerlichen Rechte des Menschen auf Leben, von der Empfängnis bis zum natürlichen Tod“, achte und sich „allem Polnischen“ verbunden fühle. Die Bischöfe gaben zwar keine namentliche Wahlempfehlung. Die Auswahl sei eine Gewissensentscheidung der Gläubigen. Andererseits ließen sie keinen Zweifel daran, daß die Ermahnung darauf zielte, die Vorherrschaft „postkommunistischer“ Kräfte im Staate zu verhindern. Und sie riefen im kirchennahen Lager zum Verzicht der Konkurrenten (*Hanna Gronkiewicz-Waltz, Jan Olszewski*) zugunsten des aussichtsreichsten Kandidaten (L. Wałęsa) auf (Tygodnik Powszechny, Nr. 39, 24.9.95). Aus rein weltanschaulichen Erwägungen kam außer Wałęsa, Gronkiewicz-Waltz und Olszewski niemand von den übrigen Bewerbern für die Kirche in Frage, insbesondere nicht der Kandidat der größten Solidarność-Nachfolgepartei, der Freiheitsunion (UW), *Jacek Kuroń*, den Elbings Bischof *Andrzej Słowiński* als „Erbe des bolschewistischen Totalitarismus“ beschimpfte (Gazeta Wyborcza, 10.10.95).

Im letzten Moment schien die katholische Kirche zu bemerken, daß sie die Geister der Konfrontation, die sie in unheiliger Allianz mit ausgesprochen antiklerikalen Kräften innerhalb SLD und der linkssozialdemokratischen Arbeitsunion (UP) gerufen hatte, nicht mehr los wurde und den Boden für hemmungslose Tiraden in katholisch-integristischen Printmedien (wie „Słowo“) und landesweit sendenden rassistisch-xenophoben katholischen Radiostationen („Radio Maryja“) bereitet hatte. Die Medienkommission der Bischofskonferenz warf daraufhin mehreren katholischen Medien vor, mit der Verbreitung von Unwahrheit und Verleumdungen in den Wahlkampf einzugreifen. Sie verwies auf „antisemitische Stereotypen“, die von katholischen Medien propagiert würden und die einige Kandidaten wegen ihrer Vergangenheit anprangerten. Das bedeutendste Dokument einer Besinnung war aber die am 19. Oktober veröffentlichte Erklärung der katholischen Bischöfe „Über die Notwendigkeit von Dialog und Toleranz unter den Bedingungen des Aufbaus der Demokratie“ (Tygodnik Powszechny, 5.11.95).

Ein glanzloser Wahlsieger und viele Skandale

Der Wahlsieg Kwaśniewskis stand von Anfang an unter einem ungünstigen Stern. Die polnischen Medien mochten in den ersten Tagen noch über die treffendste Charakterisierung des gerade 41 Jahre alt gewordenen neuen Präsidenten wetteifern – war er nun eher ein „polnischer Clinton“ oder ein „Mann aus Plastik“ (jugendlich, braungebrannt, perfekt gekleidet)? *Andrzej Szczypiorski* bezeichnete ihn als einen „aerodynamischen Opportunisten und politischen Karriere-macher, zu weich und pragmatisch für einen wahren Kommunisten“ (FAZ, 27.11.95). Bald trat aber die unvollständig ausgefüllte Steuererklärung Kwaśniewskis, viel mehr aber noch die falsche Angabe eines Magisterabschlusses an der

Danziger Hochschule in den Vordergrund der öffentlichen Aufmerksamkeit. Bis zum 9. Dezember mußte Kwaśniewski auf die Feststellung der Gültigkeit seiner Wahl durch das Oberste Gericht bangen. Mehrere hunderttausend Bürger vor allem aus dem Wałęsa-Lager hatten sie angefochten, da Kwaśniewski unter der Vorspiegelung, er habe einen Magisterabschluß, gewählt worden sei. Das Oberste Gericht hatte allein unter rechtlichen Gesichtspunkten zu entscheiden und bestätigte die Gültigkeit der Präsidentenwahl, es ging nicht um eine moralische oder strafrechtliche Bewertung des Verhaltens des gewählten Präsidenten.

Derweil bemühte sich Kwaśniewski darum zu beweisen, daß er es ernst meinte, „Präsident aller Polen“ sein zu können. So wollte er Unabhängigkeit demonstrieren, indem er nicht nur alle Parteiämter niederlegte, sondern auch aus der „Sozialdemokratie der Republik Polen“ austrat. Allerdings ließ er sich lange – bis zum 14. Dezember – bitten, bis er dazu bereit war, sich für seine Falschaussagen zu entschuldigen. Politische Öffnung versprach Kwaśniewski mit der Suche nach drei „präsidialen“ Ministern (Äußeres, Inneres, Verteidigung) außerhalb seiner Regierungskoalition – die war nach den Rücktrittsgesuchen der Minister *Bartoszewski* (Äußeres), *Milczanowski* (Inneres) und *Okoński* (Verteidigung) notwendig geworden – und nach unabhängigen Persönlichkeiten bei der Besetzung der Präsidialkanzlei. Bei der Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrats sollte das gesamte politische Spektrum Polens repräsentiert sein.

Aber noch bevor der neue Präsident am 23. Dezember 1995 vor der Nationalversammlung seinen Amtseid (ohne religiöse Formel) ablegte, hatten sich Politiker aus allen politischen Lagern in eine Schlacht geworfen, die in der kurzen Geschichte der jungen polnischen Demokratie ihresgleichen sucht und ihre Glaubwürdigkeit zu untergraben droht.

Die Meldung, daß die polnischen Finanzbehörden nur wenige Tage vor dem Ende seiner Amtszeit das Bankkonto und das Gehalt des scheidenden Präsidenten Wałęsa sperren und sein persönliches Vermögen mit einer Hypothek belegen, da er umgerechnet 1,4 Mio. DM nicht versteuert hatte, die er 1989 von der Hollywood-Filmgesellschaft Warner Bros. für die Rechte an der Verfilmung seines Lebens erhalten hatte, konnte man bereits als kalkulierte Aktion gegen einen Verlierer deuten. Denn warum war der polnische Fiskus gerade jetzt und erst jetzt darauf gekommen, die Steuerehrlichkeit Wałęsas zu überprüfen?

Wałęsas angebliche Steuerschulden verblaßten jedoch gegenüber dem schweren Vorwurf, den der noch amtierende Präsident und der scheidende Innenminister *Milczanowski* gegen Ministerpräsident *Oleksy* erhoben. Am 19. Dezember hatte *Milczanowski* bei der Obersten Militärstaatsanwaltschaft in Warschau den Antrag auf Eröffnung einer Voruntersuchung wegen der Bedrohung der politischen und wirtschaftlichen Sicherheit des Landes gestellt. Das dem Minister vorliegende Material legte den Verdacht nahe, der jetzige Ministerpräsident *Oleksy* habe von 1983 bis 1994 mit dem KGB und später mit dem russischen Geheimdienst zu-

sammengearbeitet. Schon vor einem Jahr sei Oleksy vom Staatsschutz (UOP) aufgefordert worden, die Kontakte mit Offizieren der KGB-Nachfolgeorganisation zu unterlassen, habe sich aber nicht danach gerichtet. Oleksy bezeichnete die Vorwürfe am Tag darauf als eine „schmutzige Provokation“.

Wenn man auch sicher nicht fehl in der Annahme ging, daß bei Wałęsa zur Motivation für diesen lauten Knall, mit dem er sich von seinem Amt verabschiedete, gehörte, daß er seine Wahlniederlage gegen Kwaśniewski nicht verwinden konnte, so waren es für den allseits respektierten Innenminister offensichtlich subjektiv ehrenwerte Gründe und Sorge um die Stabilität des Staates, die ihn dazu veranlaßten, noch in den letzten Tagen seiner Amtszeit tätig zu werden. Aber auch in diesem Fall konnte man die Frage stellen: Warum erst jetzt? Milczanowski gab dazu später verschieden lautende Erklärungen ab. Einmal ließ er verlauten, daß erst Anfang Dezember genügend Beweismaterial gegen Oleksy vorgelegen habe. Dann versuchte er glaubhaft zu machen, daß er aus Fairness gegenüber dem Präsidentschaftskandidaten Kwaśniewski das Material so lange zurückgehalten habe, um bei anderer Gelegenheit einzuräumen, daß er den Weg zur Militärstaatsanwaltschaft bei der gegenwärtigen Beweislage noch nicht gegangen wäre, wenn er nicht zwei Tage später aus dem Amt geschieden wäre und hätte befürchten müssen, daß sein Nachfolger die Sache unter den Teppich kehren würde.

Jedenfalls forderte der Sejm Innenminister Milczanowski auf, die Volksvertretung zu unterrichten. Der Regierungschef wurde verpflichtet, im Anschluß an Milczanowski Stellung zu nehmen. Nach der bedrückenden Sejmsitzung am 21. Dezember wurde eine Untersuchungskommission damit beauftragt zu prüfen, ob die Vorwürfe gegen Oleksy eine Anklage erlauben oder ob das dem Innenminister unterstehende Amt für Staatsschutz (UOP) bei seinen Ermittlungen gegen Oleksy in Einklang mit dem geltenden Recht gehandelt hat. Die Kommission sollte außerdem dafür sorgen, daß die staatsanwaltschaftlichen Untersuchungen nicht durch politische Einflußnahme, insbesondere von Seiten des Regierungschefs und des Justizministers Jaskiernia, eines Parteifreunds Oleksys, gestört werden.

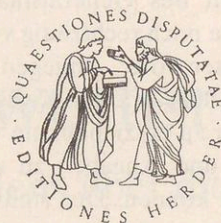
Die Oberste Militärstaatsanwaltschaft hatte vor Weihnachten entschieden, noch kein Verfahren gegen Oleksy einzuleiten. Die von Milczanowski am 19. Dezember vorgelegten Dokumente, so hieß es, reichten nicht aus. Der oberste Militärstaatsanwalt *Ryszard Malinowski* verlangte eine Ergänzung des Materials in insgesamt zwölf Punkten. In der Zwischenzeit trugen Informationschaos und Indiskretionen aus den Ämtern, Spekulationen der Medien und der Politiker dazu bei, das Vertrauen in den Ministerpräsidenten mehr und mehr zu untergraben, ohne daß ein Schuldurteil beim derzeitigen Stand der Dinge überhaupt gefällt werden könnte. Von der SLD wurde die Vermutung lanciert, es handle sich um „getürkte“ Unterlagen aus polnischen Geheimdienstkreisen oder um eine Provokation des russischen Geheimdienstes, um die Stabilität Polens zu untergraben und

Zum Gespräch der Religionen

Christus allein?

Der Streit um die
pluralistische
Religionstheologie

Herausgegeben von Raymund Schwager



NEU

Quaestiones disputatae, Band 160
208 Seiten, Paperback,
DM 42,- /öS 311,- /SFr 40,-
ISBN 3-451-02160-9

Christus, der einzige Weg zu Gott?
Oder gibt es das Heil in vielen Religionen?
Die Frage nach dem gerechten Glauben
führte immer wieder zu heftigen Auseinander-
setzungen zwischen den einzelnen Religionen,
jede von sich überzeugt, die einzig
wahre Erkenntnis zu besitzen.
Ist demnach die pluralistische Religions-
theologie nur ein Modeartikel, oder hat sie
mit der These recht, daß göttliche Wirk-
lichkeit sich in verschiedenen Religionen
zu Sprache bringt?
Ein notwendiges Buch für das
Gespräch der Religionen.

In jeder Buchhandlung!

HERDER

im Westen Mißtrauen gegen den EU- und NATO-Kandidaten zu säen. Da sich allerdings immer weiter herauskristallisiert, daß Oleksy zumindest unwissentlich den russischen Geheimdienst mit Informationen versorgt hat, wird sein Rücktritt immer wahrscheinlicher.

Ein schwieriger Anfang

Das Zuschütten der politischen Gräben, das der neue Präsident in seiner glanzlosen Antrittsrede vor Sejm und Senat zu seinem Programm gemacht hatte, wird nicht nur durch das Drama um den Ministerpräsidenten erschwert, sondern auch durch die politisch motivierten Auseinandersetzungen um die Warschauer Staatsanwaltschaft, besser: um den Justizminister *Jaskiernia* – einen langjährigen Freund *Kwaśniewski*s, der zugleich das Amt des Generalstaatsanwalts innehat. *Jaskiernia* hatte gerade noch rechtzeitig vor der Vereidigung des neuen Präsidenten das Anliegen der Warschauer Staatsanwaltschaft zurückgewiesen, *Kwaśniewski* die Immunität als Abgeordneter zu entziehen, um wegen der falschen Vermögenserklärung und Angaben zu seinem Hochschulabschluß ermitteln zu können. Der stellvertretende Staatsanwalt, der für die Untersuchungen zuständig gewesen war, wurde ausgerechnet mit der Begründung „mangelnder Dynamik im Amt“ entlassen. Aus Protest gegen diese Entscheidung trat daraufhin der Warschauer Staatsanwalt zurück. Ihm folgte Anfang Januar *Jaskiernia*s Stellvertreter *Bogusław Dauter* wegen der für ihn undurchsichtigen Personalpolitik des Justizministers.

Nicht zuletzt das Gerangel um den neuen Verteidigungsminister unterstrich die Schwierigkeiten, die sich *Kwaśniewski* bei seinem Vorhaben entgegenstellten, mit seiner Personalpolitik ein demonstratives Zeichen von Überparteilichkeit und Anerkennung von Fachverstand zu setzen. Grundsätzlich muß es jedem profilierten Politiker der Oppositionsparteien, insbesondere aus der Freiheitsunion, schwerfallen, in der Präsidialkanzlei zu arbeiten, da das Präsidentenamt in Polen wegen der weitreichenden verfassungsmäßigen Kompetenzen so politisiert ist, daß durch einen Eintritt von Oppositionspersonlichkeiten die Grenze zwischen Regierung und Opposition verwischt würden und sowohl Selbstverständnis wie öffentliche Darstellung einer parlamentarischen Opposition in Frage gestellt werden könnten. Noch mehr gilt das für die Übernahme eines Kabinettspostens unter einem Premier der „Postkommunisten“. Andererseits könnte man damit argumentieren, daß die Staatsräson über der Parteipolitik rangiert und es im Interesse Polens läge, wenn beispielsweise die Persönlichkeit des Außenministers und des Verteidigungsministers glaubwürdig die Fortführung der westorientierten Außen- und Sicherheitspolitik demonstrierte.

Das Vorhaben, den international geachteten ehemaligen Vizeverteidigungsminister und zeitweiligen Chef des Büros für Nationale Sicherheit unter dem Präsidenten *Wałęsa*, *Jerzy Milewski*, zum Verteidigungsminister zu ernennen, mußte *Kwaśniewski* wegen des Widerstandes der Bauernpartei fal-

lenlassen. Stattdessen wurde *Milewski* – in den achtziger Jahren Leiter des Auslandsbüros der *Solidarność* in Brüssel – wieder Chef des Büros für Nationale Sicherheit. Der schließlich von der PSL durchgesetzte Kandidat für das Amt des Verteidigungsministers, *Stanisław Dobrzański*, ist international ein unbeschriebenes Blatt und bisher eine graue Eminenz gewesen.

Bei den Ernennungen für das Außen- und Innenministerium ist *Kwaśniewski* zwar kein glänzender Durchbruch gelungen. Aber immerhin kommt der neue Innenminister *Jerzy Koneczny* aus der *Solidarność*-Bewegung und hatte bereits im Staatsschutz unter Präsident *Wałęsa* gearbeitet. Er gilt als kompetenter Garant für Überparteilichkeit im Kabinett und ist voll des Respekts für seinen Amtsvorgänger *Milczanowski*. Der neue Außenminister *Dariusz Rosati* ist zwar vor 1989 Mitglied der Arbeiterpartei gewesen und bisher nur als Wirtschaftsfachmann hervorgetreten. Jedoch kennt er sich in internationalen Organisationen aus. Er leitete zuletzt die Abteilung für die Länder Mittel- und Osteuropas bei der Europäischen Wirtschaftskommission (ECE). In seiner ersten Erklärung unterstrich *Rosati* die Kontinuität der polnischen Außenpolitik seit 1989, indem er auf die Mitgliedschaft Polens in EU und NATO als außenpolitische Priorität hinwies.

Kwaśniewski und Kirche – Konkordat und Konstitution

Den Beweis der Überparteilichkeit und des guten Willens, Präsident aller Polen zu sein, wird *Kwaśniewski* nicht zuletzt auch gegenüber der katholischen Kirche zu beweisen suchen. Nicht nur, daß er die Rolle der Kirche für das öffentliche Leben Polens in den ersten Verlautbarungen nach seiner Wahl demonstrativ hervorhob und den Wunsch nach einer baldigen Begegnung mit dem Papst (*Kwaśniewski* für „La Stampa“: „der größte Pole in der Geschichte“) äußerte. In der Substanz geht es um die Regelung von Fragen, die gerade in den letzten Monaten und Wochen vor den Wahlen zu einem „kalten Religionskrieg“ geführt hatten. Nach der Wahlschlacht scheint eine „kalte Normalisierung“ zwischen Staat und katholischer Kirche nicht mehr ausgeschlossen, ebenso wenig aber neue Reibung in einigen Fragen. Über eine baldige Ratifizierung des Konkordats wird verstärkt spekuliert. Eine Zustimmung zum Verfassungsprojekt gilt aber immer noch als fraglich, da sich die Kirche hier durch die Ablehnung eines von ihr ursprünglich mitgetragenen Kompromisses (Staat-Kirche-Verhältnis in Artikel 16) ins Abseits gestellt hat. Der Vorschlag von Premier *Oleksy*, eine Kirchensteuer nach deutschem Vorbild einzuführen, erzeugt Unmut. Und ein erneuter Konflikt um die *Abtreibungsgesetzgebung* steht an, nachdem die „Arbeitsunion“ eine Gesetzesnovelle im Parlament eingebracht hat, die eine soziale Indikation vorsieht. Mit der Verabschiedung dieser Gesetzesnovelle ist zu rechnen, und Präsident *Kwaśniewski* wird sie unterzeichnen.

Die katholische Hierarchie sucht sich in der neuen Situation zurechtzufinden. Wenn sie auch die Wahl Kwaśniewskis, der sich als Agnostiker bezeichnet, nicht als Niederlage der Kirche akzeptieren wolle, so gestand sie das Wahlergebnis doch als eine klare Niederlage für die Konzeption des unmittelbaren Engagements der Geistlichkeit im politischen Kampf ein. Dementsprechend stand im Mittelpunkt des Hirtenbriefs der polnischen Bischöfe vom 1. Dezember 1995 nicht die freilich ausdrücklich formulierte Sorge über die „Übernahme der ganzen Macht im Staate durch eine einzige ideologische Option, die für Gläubige unannehmbar ist“ (Gazeta Wyborcza, 2.–3.12.95), sondern das Versagen des bisher gül-

tigen Modells der Seelsorge: „Die Kirche muß sich auf das für sie Wesentliche besinnen und mehr evangelisches Zeugnis ablegen“. Bischof Tadeusz Pieronek pointierte es vor einiger Zeit so: „Das Hauptproblem der Kirche in Polen ist weder der Streit um die Legalisierung der Abtreibung noch um den Platz der Religionslehre, noch um die Respektierung christlicher Werte im Fernsehen, noch die *Invocatio Dei* in der Verfassung. Ebensovienig ist das Hauptproblem der Kirche die Kritik, auf die sie trifft, oder der Streit um ihren Platz im öffentlichen Leben. Das Hauptproblem der Kirche in Polen ist die Kirche selbst“ (Zit. n. Tygodnik Powszechny, 20.8.95).
Dieter Bingen

„Ein großes Stück weiter“

335 Ein Gespräch mit Pfarrer Ferdinand Kerstiens über die Rolle kirchlicher Reformgruppen

Durch das Kirchenvolksbegehren sind die Gruppen im deutschen Katholizismus wieder stärker in den Blick geraten, die sich mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen für eine Reform der Kirche engagieren, ohne in die offiziellen Strukturen integriert zu sein. Wie versteht sich heute dieser Teil des deutschen Katholizismus? Wo sieht er seinen Platz angesichts der derzeitigen kirchlichen Entwicklung? Darüber sprachen wir mit Pfarrer Ferdinand Kerstiens (Marl). Er gehört dem „Freckenhorster Kreis“ und dem „Bensberger Kreis“ an und war einer der Erstunterzeichner des Kirchenvolksbegehrens. Die Fragen stellte Klaus Nientiedt.

HK: Herr Pfarrer Dr. Kerstiens, das Kirchenvolksbegehren zog im vergangenen Herbst erhebliches öffentliches Interesse innerhalb wie außerhalb der Kirche auf sich. Initiiert wurde es in Deutschland von Leuten, die Reformgruppen im Katholizismus angehören. Um diese Gruppen war es ansonsten in den letzten Jahren auffallend ruhig. Fiel das Ergebnis des Kirchenvolksbegehrens nicht im Grunde besser aus, als es der Zustand der Gruppen, die es lanciert und gefördert haben, erwarten ließ?

Kerstiens: Da ist durchaus etwas dran. Ich gehörte selber zu denen, die gezögert haben, das Kirchenvolksbegehren in Deutschland zu unternehmen. Aber wenn es gemacht wird, wollte ich es unterstützen, weil der Unmut an der Basis über das, was „da oben“ geschieht, ganz erheblich ist. Das gilt gleichermaßen gegenüber dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) wie gegenüber der Bischofskonferenz oder Rom. Die Praxis in den Gemeinden entwickelt sich auf eine Weise, wie sie von der Kirchengesetzgebung nicht gedeckt ist. Irgendwann mußte diese Diskrepanz in größerer Breite deutlich werden, als dies bei den Gruppen bisher möglich war. In dieser Hinsicht hat uns das Kirchenvolksbegehren ein großes Stück weiter gebracht.

HK: Hat das Kirchenvolksbegehren den Reformgruppen in für sie schwieriger Zeit eine dringend benötigte Motivationspritze geliefert?

Kerstiens: Sicherlich hat das Kirchenvolksbegehren den Gruppen wieder Mut gemacht, die es inszeniert und getragen haben. Sicher hat es viele einzelne Leute motiviert, sich wieder mehr mit der Kirche zu befassen, Menschen, die dies eigentlich schon aufgegeben hatten. Das Echo in diesen Gruppen ist jedenfalls sehr positiv: Die Anliegen, denen sie in der kirchlichen Öffentlichkeit bisher wenig Gewicht verschaffen konnten, wurden zum Gegenstand einer öffentlichen Diskussion.

„Wir wollen gerade nicht unter uns bleiben“

HK: Für die Reformgruppen hat sich aber ansonsten in den letzten Jahren einiges verändert. Sie stehen heute weniger allein mit ihren Forderungen da. Das ZdK setzt sich bei den Bischöfen für eine Änderung in der Zölibatsfrage ein. Vor einigen Jahren veröffentlichte es mit dem Dialogpapier einen Text, den die Kirche in Deutschland so schnell nicht